

## **Neues aus dem Schulausschuss - Sitzung vom 11. Juni 2018**

Der wichtigste Punkt der genannten Sitzung war sicher die Mitteilung über die Gründung einer **neuen Gesamtschule in Lindenthal**. Hintergrund ist der schon länger währende Versuch, die Elsa-Brändström-Realschule in eine Gesamtschule umzuwandeln. Da das Grundstück für eine vierzügige Gesamtschule zu klein ist, wurde nach einem Zusammenschluss mit einer anderen Schule gesucht bzw. nach einer Dependancelösung mit einer anderen Gesamtschule. Die Schulverwaltung hat nun den Plan vorgestellt, mit der Ernst-Simons-Realschule in Müngersdorf eine neue Gesamtschule zu gründen. Diese Schule an zwei Standorten, die nicht gerade nahe beieinander liegen, soll horizontal geteilt werden: Im Gebäude der Elsa-Brändström-Realschule sollen etwa die Stufen 5 bis 8 unterkommen, an dem anderen Standort dann die restlichen Stufen. Mit diesem Vorschlag würde das Problem der Sportschule gelöst, es werden 120 Gesamtschulplätze entstehen, womit bei den wegfallenden ca. 100 Realschulplätzen eine kleine Zahl von Mehrplätzen geschaffen würde. Start der Schule wäre das Schuljahr 19/20. Gleichzeitig würde auch dem Rechnung getragen, dass ie beiden Realschulen weniger nachgefragt werden.

Das ist aber nicht die einzige Gesamtschule, die auf den Weg geschickt wurde: Die katholische Kirche möchte **Kalk eine integrierte Gesamtschule** bauen, ergänzt um eine zweizügige Grundschule. Grundprinzipien der Schule sollen überkonfessionelle Offenheit, reformpädagogische Unterrichtsgestaltung und Zuwendung zu Schülern und Schülerinnen aus so genannten bildungsfernen Schichten sein. Die Einwände, die vor allem von den Kalker Grünen erhoben werden, halte ich nicht für gerechtfertigt. In der Notsituation brauchen wir jeden zusätzlichen Schulplatz, insbesondere Gesamtschulplätze. Auch Befürchtungen religiöser Indoktrination entbehren jeder Grundlage. Die Schule steht, was Lehr- und Lerninhalte angeht, unter staatlicher Aufsicht wie jede andere Schule. Die Stadt wäre darüber hinaus gar nicht in der Lage, die Schulplätzen in absehbarer Zeit anzubieten. Darüber hinaus wird durch diesen Bau keine von der Stadt Köln geplante Schule weniger gebaut.

Auf Antrag der FDP wurde beschlossen, dass der nicht mehr benötigte **Spielplatz** an der Flüchtlingsunterkunft im Schulzentrum Ostheim den Schülern und Schülerinnen zur Verfügung stehen soll.

Ein weiterer Planungsbeschluss betraf die Erweiterung **des Schulgebäudes Oberbeckstraße**. Zunächst wird das Gebäude als Interimsstandort für die Heliosschule benötigt. Danach könnte sie eine weiterführende Schule aufnehmen.

Dem Wunsch der Bezirksvertretung Kalk folgend werden an der **KGS Andreas-Hermes-Straße** mehr Container aufgestellt, um der vermutete Steigerung der Schülerzahlen zu entsprechen.

Nach diesen positiven Nachrichten nun das Gegenteil:

Das Pilotprojekt für schnelleren Schulbau, nämlich einen **Modulbau auf dem Gelände des ehemaligen Nippesbades** zu errichten, musste aus zwei Gründen gestoppt werden: Das Gelände sei zu abschüssig und die Raumhöhen etwa für eine Aula wären nicht akzeptabel. Dadurch verzögert sich die Inbetriebnahme voraussichtlich um mehrere Jahre. Überaus ärgerlich ist, dass es 2013 eine Machbarkeitsstudie gegeben hat, in der der Modulbau als möglich festgestellt wurde.

Die **Rheinische Musikschule** erhält in der Vogelsanger Str. einen Neubau und die nicht mehr benötigten restlichen Flächen stehen für Wohnungsbau zur Verfügung

Umstritten war die Entscheidung für 2000 **interaktive Displays**. Wir bezweifelten aufgrund von Erfahrungen bei der Einführung von neuen technischen Geräten, dass die Lehrer und Lehrerinnen die Geräte nicht oder nur in geringem Umfang nützen würden. Da die Investitionssumme mit zusätzlichen Stellen 18 Millionen betragen würde, haben Gerd Brust und ich uns die entsprechenden Geräte im Stadthaus angesehen und uns überzeugen lassen, dass diese Geräte tatsächlich so einfach zu bedienen sind und eine entsprechende Fülle von Funktionen haben, dass sie wirklich in den Schulen genutzt werden. Die Entscheidung wurde in den Rat geschoben.

Horst Thelen